



Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend  
Kinderkommission

**Kommissionsdrucksache der  
20. Wahlperiode**

**20/13**

Berlin, 31. Januar 2025

**Sarah Lahrkamp, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-30551

kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**

Paul-Löbe-Haus

Konrad-Adenauer-Str. 1

10557 Berlin

**Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen  
Bundestages zum Thema „Beteiligung von Kindern und  
Jugendlichen“**

In zwei öffentlichen Expertengesprächen beschäftigte sich die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages mit dem Themenkomplex „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“.

Der Auftakt für die Themenreihe „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ fand mit einem ersten Expertengespräch am 9. November 2022 zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ statt. Dazu diskutierte die Kinderkommission mit den Sachverständigen Sebastian Schiller (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung, Deutsches Kinderhilfswerk), Vincent Sipeer (Kinder- und Jugendbeirat des Deutschen Kinderhilfswerks und Mitglied des jugendpolitischen Beirates des BMFSFJ), sowie Prof. Dr. Waldemar Stange (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Leuphana Universität Lüneburg).

Im zweiten Expertengespräch am 30. November 2022 zum Thema „Beteiligung – Kinder und Jugendliche berichten“ kamen die Kinder und Jugendlichen in der Kinderkommission als Sachverständige selbst zu Wort: Marlen Hutzenlaub und Ben-Philipp Ewering (Jugendparlament Ochtrup), Tabea Diederich, Louis Meilicke und Philipp Caruana (Teilnehmende Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erleben“), Eva Schröder und Tonius Weiß (Kolping Jugend NRW) und „Noa“<sup>1</sup> von „Jugend hackt“.

---

<sup>1</sup> Pseudonym



Die beiden Sachverständigengespräche sind Grundlage für diese Stellungnahme. Die Kinderkommission bedankt sich bei allen Experten für ihre fachlich wertvollen Beiträge.

In den Gesprächsrunden wurden zentrale Fragen herausgearbeitet, welche Möglichkeiten Kinder und Jugendliche haben, sich an der Gestaltung von Politik zu beteiligen. Daneben standen die verschiedensten Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung im föderalen System von Kommune über Land und Bund im Mittelpunkt der Betrachtungen. Maßgeblich für die Arbeit der Kinderkommission sind die Bestandsaufnahme und die Erweiterung der Beteiligungsformate auf Bundesebene.

Statistische Zahlen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen zeigen, wie groß die Gruppe von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft ist, die in politische Entscheidungen einbezogen werden könnten. Laut Statistischem Bundesamt gab es Ende 2022 in Deutschland insgesamt 14,25 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die größte Gruppe der Minderjährigen, etwa 7,1 Millionen, befindet sich im Altersbereich von sechs bis einschließlich 14 Jahren. Jugendliche ab 14 Jahren machen einen Anteil von rund 2,3 Millionen aus. Wird die Definition junger Menschen weiter gefasst, wie es das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für seine Jugendstrategie tut, dann leben in Deutschland 14 Millionen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren und bilden mit 17 Prozent einen großen Anteil der Bevölkerung.<sup>2</sup>

Kinder, Jugendliche und junge Menschen haben eigene politische Themenfelder, wie z.B. Bildung, gerechte soziale Lebenschancen, Gesundheit, Umwelt & Klimawandel oder Digitalisierung, die sie betreffen. Darauf hat die Bundesregierung 2019 reagiert. Die Jugendstrategie der Bundesregierung umfasst neun zentrale Handlungsfelder, die gezielt auf die Bedürfnisse und Anliegen junger Menschen ausgerichtet sind. Diese Handlungsfelder bilden das grundlegende Gerüst der Jugendstrategie, um junge

---

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2022. Datenerhebung 31.12.2022. Abgerufen 24.08.2023. Link zur Internetseite des Statistischen Bundesamtes



Menschen in Deutschland bestmöglich zu unterstützen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft aktiv zu fördern.<sup>3</sup>

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene sind Kernelement eines pluralen, lebendigen und demokratisch föderalen Bundesstaats. Beginnend auf der kommunalen Ebene werden partizipative Ansätze wie Jugendparlamente, Jugendbeiräte und Schülervertretungen angeboten, um jungen Menschen eine Plattform zu bieten, auf der sie aktiv an lokalen Entscheidungsprozessen teilnehmen können. In den Bundesländern und auf Bundesebene werden Jugendbeteiligungsgremien und Dialogveranstaltungen, wie z.B. der „Jugend-Check“ oder Landesjugendkonferenzen, organisiert, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre Perspektiven in politische Entwicklungsprozesse einzubringen.<sup>4</sup>

Die Beteiligungsformate der Bundesregierung für Kinder und Jugendliche sind von Bedeutung, um aktive Teilhabe an politischen Prozessen auf Bundesebene zu gewährleisten. Die vielfältigen Beteiligungsansätze sind der Grundstein für die Interessenvertretung der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft und sind institutioneller Rahmen, um Kinder und Jugendlichen Gehör und Einfluss zu verschaffen.<sup>5</sup>

Einrichtung wie Jugendforen, Beteiligungsworkshops und Jugendkonsultationen, in denen Kinder und Jugendliche ihre Gedanken, Bedenken und Vorschläge einbringen können, sind von Bedeutung.<sup>6</sup> Gerade die Verfügbarkeit von Online-Plattformen und digitalen Dialogformaten ist ein wichtiges und zeitgemäßes Instrument Kinder und Jugendliche direkt zu erreichen und ihre Stimmen zeitgemäß in den politischen Diskurs einzubringen.

---

<sup>3</sup> Vgl. BMFSFJ Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Hintergrundinformation 02.05.2023. Abgerufen 24.08.2023.

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie/jugendstrategie/jugendstrategie-der-bundesregierung-77406>

<sup>4</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 7

<sup>5</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 16

<sup>6</sup> Vgl. Zweiter Bericht des Kompetenzzentrums Jugend-Check. Jugendgerechte Gesetzgebung mit dem Jugend-Check. Eine Bilanz der 19. Legislaturperiode 2017-2021. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Hrsg.) (Februar 2022). <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/193516/04265103af567af13a8f1ac213898b70/jugendcheck-bericht-2022-data.pdf>



## **Beteiligung im föderalen Mehrebenensystem**

Im Folgenden werden die verschiedensten Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche von Kommunen, Ländern bis zur Bundesebene dargestellt.

### **Kommunale Beteiligungsformate**

Die Einrichtung von Beiräten und Parlamenten für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene ermöglicht jungen Menschen ihre Meinungen und Ideen zu äußern, Ideen vorzubringen und an lokalen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Nach Erhebungen des Kinderhilfswerkes gibt es etwa 520 Kinder- und Jugendparlamente. Diese sind ungefähr in fünf Prozent der Kommunen präsent. Repräsentationslücken sind nach wie vor in der Verteilung nach Schulform sowie bei Kindern und Jugendlichen mit nicht-deutscher Muttersprache zu verzeichnen.<sup>7</sup> Überwiegend wurden in den Expertengesprächen der positive Mehrwert und Nutzen der Kinder- und Jugendparlamente hervorgehoben.<sup>8</sup>

Die in den Sachverständigengesprächen festgestellten Repräsentationslücken sollten geschlossen werden. Insbesondere könnte dies durch niedrigschwellige Informationskampagnen auf Konzerten, bei Vereinen und in der Jugendarbeit erzielt und durch mehr- und leichtverständlicher Ansprache erreicht werden.<sup>9</sup>

Ebenfalls spielen kommunale Kinder- und Jugendkonferenzen eine wichtige Rolle bei der Förderung und Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung in unseren Städten und Gemeinden. Die dort durchgeführten Konferenzen bieten jungen Menschen eine einzigartige Plattform, um aktiv an den Gestaltungsprozessen ihrer unmittelbaren Lebensumgebung teilzuhaben.

Darüber hinaus bieten Jugendringe und -verbände eine organisierte Plattform, um gemeinsam an politischen und sozialen Themen zu arbeiten und sich auszutauschen. Die Verbände und Jugendringe ermöglichen mit ihren

---

<sup>7</sup> Vgl. Prof. Dr. Roland Roth, Prof. Dr. Waldemar Stange Deutsches Kinderhilfswerk e.V. Starke Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale 2018 [https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion-Kinderrechte/3\\_Beteiligung/3.0\\_Starke\\_Kinder-und\\_Jugendparlamente/Starke\\_Kinder-und\\_Jugendparlamente.pdf](https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion-Kinderrechte/3_Beteiligung/3.0_Starke_Kinder-und_Jugendparlamente/Starke_Kinder-und_Jugendparlamente.pdf)

<sup>8</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 10

<sup>9</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 10



personellen und organisatorischen Strukturen soziale Verantwortung zu übernehmen und Fähigkeiten in Bereichen wie Kommunikation, Teamarbeit und Interessenvertretung auszubilden bzw. weiterzuentwickeln.

### **Beteiligungsformate auf Landesebene**

Als erfolgreiches Format auf Landesebene haben sich Jugendlandtage etabliert, die etwa die Hälfte der Bundesländer eingerichtet hat. Die Jugendlandtage sind eine Kombination aus Planspiel, Bildungsformat und Nachwuchsförderung. Es wird die Möglichkeit geboten, im Landtag mit aktiven Politikerinnen und Politikern eigene Anliegen zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen.<sup>10</sup>

### **Beteiligungsformate auf Bundesebene**

Auf Bundesebene haben einige Ministerien Jugendbeiräte eingerichtet, um eine direkte Einbindung junger Menschen in die Regierungsarbeit sicherzustellen. Die Jugendbeiräte fungieren als Plattformen für den Dialog zwischen jungen Menschen und den Ministerien.

Darüber hinaus finden sich junge Menschen in gemischten Beiräten wieder, wie beispielsweise im Bundesjugendkuratorium, im jugendpolitischen Beirat des BMFSFJ sowie in der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz. Jugendbeteiligung wird in verschiedenen Förderprojekten des Bundes aktiv gefördert. Ein beispielhaftes Modell ist der Jugendbeirat der Initiative „Starke Kinder Jugendparlamente“, das unter anderem in Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk ins Leben gerufen wurde.<sup>11</sup>

Begrüßt wurden im Rahmen der Expertengespräche die im jährlichen Wechsel stattfindenden funktionierenden Jugendpolitiktage sowie die Bundesjugendkonferenz.<sup>12</sup> In diesen Formaten werden die politischen Angelegenheiten der Bundesregierung erörtert und die Jugendstrategie fortentwickelt.

Ein weiteres Element der Jugendbeteiligung auf Bundesebene ist die kontinuierliche Weiterentwicklung des

---

<sup>10</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 6

<sup>11</sup> <https://www.kinderrechte.de/beteiligung/starke-kinder-und-jugendparlamente-1>

<sup>12</sup> Themen der Jugendpolitiktage 2023 sind u.a. Frieden in Europa, psychische Gesundheit, nachhaltige Klimapolitik oder deine Ausbildungsvergütung. <https://jugendpolitiktage.de/> und <https://www.bundesjugendkonferenz.org/>



sogenannten „Jugendchecks“. In Zusammenarbeit mit jungen Menschen wird gewährleistet, dass der Jugendcheck die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen gezielt untersucht. Der Einbezug von jungen Menschen ist hier unerlässlich, um deren Bedürfnisse und Perspektiven in den Fokus zu rücken und die Qualität der Entscheidungsfindung zu verbessern.

Ein Beispiel für ein vom Bund gefördertes Projekt ist „Dorf für Kinder, Dorf für alle“. Im Rahmen dieses Projekts wurde die aktive Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen an Dorferneuerungsprogrammen gefördert. Dieses Modell zeigt eindrucksvoll, wie 3.400 Vorschläge zur Verbesserung der regionalen Entwicklungsplanung als Handlungsempfehlung der Bundesregierung eingehen können. Dieses Projekt steht exemplarisch für die oftmals gelungene Projektkooperation zwischen Bund und Kommune im Rahmen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.<sup>13</sup> Kernbestandteil der bundesweiten Jugendbeteiligungsstrukturen bleibt weiterhin der seit 70 Jahren fest verankerte Bundesjugendring. Dieser fungiert als Vertretung der Jugendverbände und somit der jungen Menschen, die sich in den Untergliederungen auf Landes- und kommunaler Ebene engagieren.<sup>14</sup>

### **Politik lernen durch Planspiele im Deutschen Bundestag**

Hervorgehoben wurde in den Expertengesprächen das Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“. Indem vom Besucherdienst durchgeführten Format erhalten Jugendliche die Gelegenheit, in die Rolle von Abgeordneten zu schlüpfen und politische Entscheidungsprozesse hautnah mitzerleben. Das Planspiel vermittelt auf der einen Seite das Verständnis von Parlamentsstrukturen und schafft auf der anderen Seite eine Plattform, spielerisch Anliegen und Ideen gegenüber anderen zu vertreten.<sup>15</sup>

Insbesondere für Jugendliche ab der zehnten Klasse gewinnt dieses Konzept an Bedeutung, da Verständnis des Parlamentssystems und der Parteiendemokratie vermittelt werden.

---

<sup>13</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 9.

<sup>14</sup> <https://www.dbjr.de/>

<sup>15</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 6



### **Direkte Formen der Beteiligung**

Die Forderungen zur Absenkung des Wahlalters durch die Sachverständigen können im Wortprotokoll nachgelesen werden.<sup>16</sup> Die Kinderkommission konnte sich beim Thema Absenkung des Wahlalters unter den Fraktionen nicht einigen.

### **Gesetzliche Verankerung von Kinderrechten**

Innerhalb der Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ein wiederkehrendes Thema. Die Kinderkommission sieht noch Handlungsbedarf zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland nach §12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-KRK). Dies hätte zur Folge, dass die Meinungen, Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungsprozessen angemessen berücksichtigt werden müssten.

Jedoch konnte sich die Kinderkommission beim Thema Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz unter den Fraktionen nicht einigen.

### **Maßnahmenvorschläge der Kinderkommission**

Die Kinderkommission setzt sich mit Nachdruck für die Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene ein. Die aktive Einbindung junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse ist von grundlegender Bedeutung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere parlamentarische Demokratie.

Als Ergebnis der Sachverständigengespräche wird folgendes festgehalten:

**Stärkung der Beteiligungsrechte:** Kinder und Jugendliche haben besondere Interessen und Bedürfnisse. Sie sind die Generation, die von den jetzigen politischen Entscheidungen am meisten langfristig betroffen sind. Deshalb müssen Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen früh in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Dafür ist eine Ausweitung der Beteiligungsstrukturen und die Stärkung von Kindern und Jugendlichen auf allen politischen Ebenen notwendig.

---

<sup>16</sup> Vgl. Wortprotokoll, S. 14 und 15



**Flächendeckende Kinder- und Jugendparlamente in den Kommunen:** Es sollte darauf hingewirkt werden, dass im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung Beteiligungsstrukturen von Kindern und Jugendlichen flächendeckend angeboten werden.

**Erweiterung der Teilnahme an Planspielen des Deutschen Bundestages:** Mehr Kinder und Jugendliche sollten die Möglichkeit erhalten, an Planspielen des Deutschen Bundestages teilzunehmen.

**Sicherstellung der Finanzierung von Strukturen des Kinder- und Jugendförderplans:** Um die Strukturen des Kinder- und Jugendförderplans zu erhalten und auszubauen, sollte die Finanzierung des Kinder- und Jugendförderplans sichergestellt werden.

**Neue Formate der Beteiligung durch die Politik selbst:** Die Bundesregierung und der Bundestag werden angeregt, über weitere Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung nachzudenken.

Im Original gezeichnet  
Sarah Lahrkamp, MdB